


 **Gyde Jensen**
Mitglied des Deutschen Bundestages

 **Boris Mijatovic**
Mitglied des Deutschen Bundestages

 **Roderich Kiesewetter**
Mitglied des Deutschen Bundestages

 **Frank Schwabe**
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung des Parlamentskreises Hongkong und seiner Unterstützenden zum Jahrestag der Verabschiedung des Nationalen Sicherheitsgesetzes für Hongkong am 30. Juni 2023

Am 30. Juni 2020 verabschiedete der Nationale Volkskongress der Kommunistischen Partei Chinas über die Köpfe von Hongkongs gesetzgebenden Gremien hinweg das sogenannte „Nationale Sicherheitsgesetz“. Mit diesem Gesetz hat die Volksrepublik China das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ de facto abgeschafft und damit Völkerrecht gebrochen. In Hongkong herrscht seitdem ein Klima der Angst. Die Kommunistische Partei Chinas durchsetzt zunehmend den gesamten Staatsapparat in Hongkong mit ihren autoritären Ideen und Methoden.

Berlin, 29.06.2023

bei Rückfragen:

Gyde Jensen, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-78469
gyde.jensen@bundestag.de

Seitdem das Nationale Sicherheitsgesetz vor drei Jahren in Kraft getreten ist, sind über 50 zivilgesellschaftliche Organisationen aufgelöst und über 1000 Menschen aus politischen Gründen inhaftiert worden, zahlreiche Medien mussten ihre Arbeit vor Ort einstellen. Dass die Opposition systematisch ausgeschaltet wird, zeigt der Fall der Hongkonger 47. In diesem Verfahren werden derzeit 47 Mitglieder der demokratischen Opposition für die Organisation und Teilnahme an inoffiziellen Vorwahlen angeklagt. Wir machen uns große Sorgen um die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien und die Unabhängigkeit der Richter. Auch am Fall des Medienunternehmers Jimmy Lai wird deutlich, dass Hongkongs Justiz inzwischen politisch gelenkt ist. Jimmy Lai ist seit 2020 inhaftiert und sieht sich seitdem mit immer neuen fadenscheinigen Anklagen gegen seine Person konfrontiert. Im September wird sein Fall, in dem ihm „Zusammenarbeit mit ausländischen Kräften“ vorgeworfen wird, verhandelt. Ihm droht lebenslange Haft.

Wir fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen in Hongkong, ein Ende der willkürlichen Verfolgung der Hongkonger Zivilgesellschaft und die Abschaffung des Nationalen Sicherheitsgesetzes, so wie es auch der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen empfohlen hat, deren Mitglied die Volksrepublik China ist.

Viele zivilgesellschaftliche Akteure sahen und sehen sich seit dem 30. Juni 2020 gezwungen, Hongkong zu verlassen und sich aus dem Exil für ein freies, demokratisches und rechtsstaatliches Hongkong einzusetzen. Dass JournalistInnen, AktivistInnen und PolitikerInnen auch in Deutschland von Akteuren der Kommunistischen Partei Chinas beobachtet, verfolgt oder sogar bedroht werden, sehen wir mit größter Sorge. Aktivitäten dieser Art sind vollkommen inakzeptabel und müssen durch die deutschen Sicherheitsbehörden sehr ernstgenommen werden. Deutschland muss ein sicherer Hafen für MenschenrechtsverteidigerInnen sein.



Unterzeichnet von

Michael Brand MdB
Dr. Jens Brandenburg MdB
Leni Breymaier MdB
Axel Echeverria MdB
Heike Engelhardt MdB
Fabian Funke MdB
Anikó Glogowski-Merten MdB
Peter Heidt MdB
Katja Hessel MdB
Gyde Jensen MdB
Roderich Kiesewetter MdB
Michael Link MdB
Boris Mijatovic MdB
Frank Müller-Rosentritt MdB
Frank Schäffler MdB
Ria Schröder MdB
Frank Schwabe MdB
Nadja Sthamer MdB
Prof. Dr. Stephan Seiter MdB
Konrad Stockmeier MdB
Benjamin Strasser MdB
Derya Türk-Nachbaur MdB

Über den Parlamentskreis Hongkong:

Der Parlamentskreis Hongkong ist eine überfraktionelle Initiative von Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Mitglieder der Fraktionen FDP, SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Grüne treffen sich in regelmäßigen Abständen, um sich über die aktuelle politische Lage und die Anliegen der Hongkonger Diaspora auszutauschen. Ähnlich wie weitere parlamentarische „Freundschaftsgruppen Hongkong“, etwa des EU-Parlaments, sieht der Parlamentskreis Hongkong seine Aufgabe darin, in den eigenen Fraktionen, bei der Bundesregierung und in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für die Menschenrechtsslage in Hongkong wachzuhalten und über aktuelle Entwicklungen zu informieren.